

Antwort des Niedersächsischen Ministerpräsidenten auf



1977

Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten

Dr. Ernst Albrecht

beim 58. Niedersachsentag

am Sonnabend, dem 8. Oktober 1977, in Wolfenbüttel

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist auch in diesem Jahr wieder eine Freude für mich, an Ihrer Tagung teilnehmen zu können und Antwort zu geben auf den langen Katalog, den Sie, Herr von Geldern, mit Humor, aber auch mit der bei Ihnen bekannten Eindringlichkeit vorgetragen haben: Es ist eine besondere Freude, in Wolfenbüttel sein zu können. Sie haben schon darauf hingewiesen, daß Wolfenbüttel einen der Schwerpunkte unserer denkmalpflegerischen Aktivitäten in Niedersachsen darstellt. Hier zeigt sich, daß es nicht leicht ist, eine barocke Residenzstadt und ihren Charakter mit den Erfordernissen eines modernen Geschäftslebens zu verbinden. Aber jeder wird anerkennen, daß hier besondere Anstrengungen gemacht worden sind. Sie, Herr von Geldern, haben bereits auf einige Beispiele aus jüngerer Zeit in Wolfenbüttel hingewiesen. Lassen Sie mich als weiteres Beispiel das Zeughaus nennen. Mit einem Betrag von rd. 10 Mill. DM aus dem Haushalt des Landes Niedersachsen wird dieses bisher funktionslose wichtige Baudenkmal ausgebaut. Es wird künftig dazu beitragen, die Aktivitäten der Herzog-August-Bibliothek entscheidend zu erweitern. Nachdem der Abschluß der Baumaßnahmen am Bibliotheksgebäude selbst, ebenso wie am Lessinghaus und am Zeughaus, absehbar ist, hat die Landesregierung vor wenigen Wochen dem Ausbau der Herzog-August-Bibliothek zu einer Forschungs- und Studienstätte für europäische Kulturgeschichte der frühen Neuzeit zugestimmt. Das bedeutet, daß das Land Niedersachsen vor allem das seit 1975 laufende und aus Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk finanzierte Wolfenbütteler Forschungsprogramm von 1981 ab mit einem jährlichen zusätzlichen Aufwand von rd. 1,74 Mill. DM übernehmen wird. Die schon länger geplanten Umbaumaßnahmen im Gebäude Klosterstraße 6 und im Staatsarchiv in Wolfenbüttel sollen bald begonnen werden.

Mit der Veröffentlichung der hervorragenden Sammlung der Ur- und Frühgeschichte aus dem Landesmuseum für Geschichte und Volkstum und der Einrichtung von Ausstellungs- und Repräsentativräumen wird die Stadt Wolfenbüttel neben der Herzog-August-Bibliothek weitere bedeutende kulturelle Akzente bekommen. Ich darf in diesem Zusammenhang eine weitere Behörde erwähnen, die hier ihren Sitz hat: das Niedersächsische Forstplanungsamt. Es schafft die forstliche Standortkartierung und damit die Grundlagen für einen ökologisch ausgerichteten Waldbau. In der Waldfunktionskarte werden für den gesamten Wald Niedersachsens die Schutz- und Erholungsfunktionen dargestellt. Die vom Forstplanungsamt für die Forstämter zu erstellende langfristige Forstplanung umfaßt in jedem Fall auch einen forstlichen Landschaftsplan.

Es ist mir eine besondere Freude, eine wichtige, für die Bewohner dieses Raumes erfreuliche Mitteilung machen zu können: Die Landesregierung hat den Elm, den Lappwald, den Dorn-, den Loring Forst und die dazwischen liegenden Gebiete zum „Naturpark Elm-Lappwald“ erklärt. Träger des Naturparks ist zur Zeit noch der Verband Großraum Braunschweig. Ein entsprechender Erlaß wird im nächsten Ministerialblatt veröffentlicht. Noch in diesem Jahr wird der neugegründete Naturpark DM 50 000,- Landeszuschuß erhalten.

Naturschutz und Landschaftspflege ganz allgemein stehen auch in diesem Jahr im Mittelpunkt der Roten Mappe. Seitdem es sich herumgesprochen hat, daß ich ein besonderes Interesse für den Vogelschutz habe, bekomme ich eine große Anzahl von Eingaben, die sich mit diesem Thema befassen. Ich habe alle selbst gelesen und mit entsprechenden Weisungen an das Landwirtschaftsministerium weitergeleitet. So habe ich beispielsweise ein Forschungsvorhaben über die Auswirkungen chemischer Mittel auf die Vogelwelt in Niedersachsen angeregt. Es soll die Forschungsergebnisse von Prof. Konrad für Niedersachsen vertiefen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir es nur mit dem DDT-Problem zu tun haben. Ich bin davon überzeugt, daß man bei weiterer Forschung auch bei anderen Mitteln vergleichbare schlimme Auswirkungen feststellen wird. Ich hatte im vergangenen Jahr ein sehr gutes Gespräch mit Ihnen, Herr von Geldern, und mit dem Vorsitzenden des Bundes für Vogelschutz Niedersachsen, Herrn Dr. Strahl. Ich denke, daß wir wesentliche Fortschritte erzielt haben. Ich darf auch sagen, daß ich in all diesen Fragen eine erfreuliche Aufgeschlossenheit im Landwirtschaftsministerium gefunden habe.

Ich möchte aber nicht den Eindruck erwecken, daß dieses nur mein persönliches Anliegen sei. Es ist das Anliegen der Landesregierung insgesamt. Ich zitiere aus der Regierungserklärung vom 19. Januar 1977: „Die Landesregierung begrüßt es, daß immer mehr Bürger im Laufe der letzten Jahre erkannt haben, daß die Wahrung bzw. Wiederherstellung einer menschengerechten Umwelt mindestens ebenso wichtig ist wie die Erhöhung des materiellen Wohlstandes. Naturschutz und Landschaftspflege, strenge Umweltschutzbestimmungen und ihre konsequente Anwendung müssen diesem Ziel dienen.“

Ich empfinde Ihre Arbeit als eine ganz wesentliche Unterstützung der Landesregierung, gerade weil sie uns kritisch begleitet. Sie wachen darüber, daß diese Zielsetzung der gesamten Landesregierung von den einzelnen Dienststellen in der Praxis berücksichtigt wird. Jeder weiß, daß dies nicht immer ganz einfach ist. Wir sind dankbar dafür, daß Sie diese Arbeit leisten, sachlich, aber immer mit der gebotenen Deutlichkeit, und daß sie auch jeweils Vorschläge zur Verbesserung der Verhältnisse vorlegen.

Zum Thema Flurbereinigung darf ich sagen, daß die Novelle zum Flurbereinigungsgesetz von 1976 die Bedeutung von Naturschutz- und Landschaftspflege bei allen flurneuordnenden Maßnahmen besonders herausstellt. Zum Wege- und Gewässerplan ist in jedem Falle auch ein landespflegerischer Begleitplan zu erstellen. Ich halte das für einen Fortschritt. In einem Grundsatzlerlaß war bereits 1975 die enge Zusammenarbeit zwischen den Flurbereinigungs- und Naturschutzbehörden angeordnet worden. Mit diesem Erlaß ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß erhaltungs- und schutzwürdige Landschaftsteile schonend zu behandeln sind. Die Ziele der Flurbereinigung decken sich deshalb mit den auch von Ihnen aufgestellten Forderungen.

Ich habe mich gefreut, Herr von Geldern, daß Sie wieder das wichtige Thema der britischen Panzerübungen in der Lüneburger Heide aufgegriffen haben. Wenn Sie es nicht getan hätten, hätte ich es schon Herrn Dr. Töpfers wegen heute tun müssen. Nicht nur für Sie war der Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag enttäuschend. Die Landesregierung hat in einem Schreiben an den Bundesaußenminister mit aller Deutlichkeit dargelegt, daß sie sich nicht mit der Feststellung abfinden will, daß den britischen Streitkräften Übungsgelände im Raum Soltau-Lüneburg weiterhin in dem vertraglich zugesicherten Umfang zur Verfügung stehen müsse. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Fläche, die den britischen Streitkräften pro Panzer zur Verfügung steht, ein Vielfaches der Fläche für die Bundeswehr ist. Dafür gibt es keine objektive Begründung. Die Landesregierung meint deshalb, daß der Bundesaußenminister mit den Briten eine Einigung suchen muß. Sie wird dieses Ziel mit Nachdruck verfolgen, obwohl sie nicht selbst die internationalen Verhandlungen führen kann. Es ist vorgesehen, daß zunächst einmal Expertengespräche stattfinden sollen. Ich bin überzeugt, daß es dabei nicht bleiben kann. Es müssen echte politische Gespräche über dieses Problem geführt werden, das ein Anliegen vieler Bürger ist.

Zum Thema Straßenbau möchte ich für mich persönlich erklären: ich bin überzeugt, daß wir das Verhältnis Landschaftspflege/Straßenbau noch nicht gelöst haben. Es wird nötig sein, neue Wege zu gehen und auch neue Konzepte zu entwickeln. Ich habe wachsende Zweifel daran, daß es richtig ist, nach den alten und schon ausgearbeiteten Plänen immer mehr Autobahnen neben dem und völlig unabhängig von dem bestehenden Straßennetz durch das Land zu legen. Das führt dazu, daß man in der Regel gerade die landschaftlich schönsten Gebiete unseres Landes durchschneidet und manchmal auch zerstört. Ich habe den Niedersächsischen Wirtschaftsminister gebeten, über ein neues Konzept nachzudenken. Es bestünde darin, die vorhandenen Bundesstraßen unter Umständen eher zu erweitern, so daß sie vierspurig auch noch mit einem Radfahrweg oder einem Treckerweg an der Seite gebaut werden können. Weiter müßten Ortsumgehungen gebaut werden, die im Interesse des Lärmschutzes für unsere Bevölkerung und im Interesse der Sicherheit insbesondere auch für die Kinder nötig sind. Das scheint mir ein billigerer Weg, zumindest aber eine landschaftlich bessere Lösung zu sein, als überall der Neubau von gewaltigen Autobahnen. Solche Ideen müssen diskutiert werden.

Ich habe eine etwas andere Einschätzung des Themas bei der Autobahn südlich von Hannover. Das Ziel dieser Autobahn ist es, daß die Einwohner von Devese, Hemmingen-Westerfeld, Arnum, Wilkenburg, Laatzen von Lärm und Abgas, die die starke Verkehrsdichte heute dort schon mit sich bringt, entlastet werden. Zumindest wird versichert, daß die Straße so geplant werden soll, daß sie sich gut in die Landschaft einordnet und das Naturschutzgebiet Sundern und das Erholungsgebiet der Leineauë kaum beeinträchtigt. Durch eine ausreichende und mit den zuständigen Vertretern der Landschaftspflege abgestimmte Bepflanzung soll eine gute Einbindung in die Landschaft erreicht werden.

Ich kann nicht auf alle Fälle von Straßenbau in Niedersachsen im einzelnen eingehen. Das Thema ist oft zu kontrovers, wie bei der Ortsumgehung Celle. Hier sind mittlerweile zwei Bürgerinitiativen vorhanden. Die eine ist gegen die geplante Trasse. Die andere ist gegen die Trasse, die von der Bürgerinitiative geplant wurde. Das ist nicht untypisch für diesen Bereich. Es ist leicht, wenn man selber betroffen ist, eine Bürgerinitiative zu gründen und zu sagen, soll doch der Nachbar mit der Straße beglückt werden. Wir müssen sehen, wie wir die richtige Lösung finden.

Ich darf anmerken, daß umfangreiche Straßenbaumaßnahmen, die einschneidende und nachhaltige Wirkung auf den Naturhaushalt oder das Landschaftsbild des Okertales haben könnten, der Landesregierung nicht bekannt sind. Geplant ist lediglich eine geringfügige Verbesserung der vorhandenen B 4 und die Anlage eines untergeordneten Wirtschaftsweges, der sich aber sicherlich leicht in die Landschaft einpassen läßt.

Die Feuchtgebiete waren das große Thema der letztjährigen Tagung. Der Europarat hatte zu einer Kampagne zum Schutz der Feuchtgebiete aufgerufen. Ich habe mich persönlich darum kümmern können. Wir hatten für Niedersachsen beim Europarat 8 Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung angemeldet. In Gesprächen mit dem Landwirtschaftsminister ist es möglich gewesen, eine noch größere Liste von Feuchtgebieten in Niedersachsen auszuweisen, die nach unserer Meinung, wenn nicht internationale so doch nationale und regionale Bedeutung haben. Die Liste dieser Gebiete soll im Landschaftsprogramm veröffentlicht werden. Sie werden anhand dieser Liste feststellen, daß sämtliche von Ihnen als schutzwürdig bezeichneten Feuchtgebiete aufgenommen werden.

Es gibt eine Reihe weiterer Einzelfragen. Die Vorbereitungen, den Dollart unter Schutz zu stellen, laufen auf niedersächsischer und auch auf holländischer Seite weiter. Die Verfahren werden aufeinander abgestimmt. Probleme bereitet uns zur Zeit vor allem die von den Niederlanden angekündigte Einleitung von Abwässern in den Dollart, gegen die sich die Landesregierung mit allen Mitteln zur Wehr setzen wird. Auf niedersächsischer Seite ist das Schutzgebiet mit der Planung des neuen Dollarthafens abzustimmen, für den eine Emsumlegung nötig ist. Ich bin eigentlich sicher, daß sich das sehr gut vereinbaren lassen wird und daß die Naturschützer-Interessen voll berücksichtigt werden können.

Im Generalplan Küstenschutz ist für den Raum Spieka-Neufeld nur die Verstärkung des Hauptdeiches vorgesehen. Die Eigentümer der vor dem Hauptdeich liegenden Grundstücke fordern die Vorverlegung des Deiches, ein Problem, das wir auch anderswo kennengelernt haben. Der Landwirtschaftsminister prüft diesen Antrag. In einem Raumordnungsverfahren sollen die unterschiedlichen Ansprüche gegeneinander abgewogen werden. Das Verfahren ist zur Stunde noch nicht abgeschlossen. Sollte abweichend von dem Generalplan Küstenschutz eine Vordeichung in Betracht kommen, so wird dieses nicht auf jeden Fall geschehen, ohne vorher

durch ein unabhängiges Gutachten die ökologische Bedeutung des Sommerpolders Cappel-Spieka-Neufeld zu klären. Wir werden sehr behutsam vorgehen, wenn eine Änderung der jetzigen Pläne erfolgen sollte. Die Bedeutung der durch Spülmaßnahmen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung entstehenden neuen Insel Minsener Oog, die für den Naturschutz und besonders für den Vogelschutz interessant ist, hat die Landesverwaltung schnell erkannt. In dem zur Zeit laufenden Planfeststellungsverfahren soll der Naturschutz für dieses Gebiet festgeschrieben werden. Vielleicht kann das gesamte Gebiet zusammen mit Mellum, Knechtsand und dem Oberwegwatt einmal zu einem niedersächsischen Nationalpark zusammengefaßt werden.

Nun ein Nachwort zum Asseler Sand. Ich hatte gesagt, daß es bei der alten Deichtrasse für den Asseler Sand bleiben würde. Inzwischen hat es darüber lebhaft Diskussionen gegeben. Im Landwirtschaftsministerium war man zum Teil der Auffassung, daß es doch erheblich billiger sein würde, wenn man den Deich direkt außen durchbauen würde und daß das auch für die Landwirtschaft Vorteile haben könnte. Ich habe meinem Kollegen vom Landwirtschaftsressort gesagt, es geht nicht, daß gewisse Zusicherungen nicht eingehalten werden, die der Ministerpräsident Ihnen gegenüber namens der Landesregierung gemacht hat. Dieses Argument hat auch durchgeschlagen. Ich sage das, weil es zeigt, daß wir das, was heute hier oder was sonst als Antwort auf die Rote Mappe gesagt wird, ernst nehmen. Sie können darauf bauen.

Man muß dem Landwirtschaftsminister besonders dankbar sein, daß er gleichzeitig für den gesamten Bereich der Unterelbe ein Naturschutzprogramm verkündet hat, das die Ausweisung und Überwachung neuer Schutzgebiete und für bestimmte Bereiche Nutzungseinschränkungen vorsieht. In Teilbereichen soll ein gezieltes Naturschutzmanagement erfolgen. Dieses Programm ist von allen Verbänden, die sich für den Asseler Sand eingesetzt haben, begrüßt worden. Noch in diesem Jahr sollen für rd. 1 Mill. DM Grundstücke in Nordkehdingen aufgekauft werden.

Das Verfahren, den Allwöhrdener Außendeich unter Schutz zu stellen, ist eingeleitet und ein Naturschutzwart schon bestellt worden. Weitere Naturschutzgebiete sind in Vorbereitung. Im Feuchtgebiet Elbaue zwischen Schnackenburg und Honstorf sollen besonders gefährdete Flächen angekauft und nach Vorschlägen der Naturschutzverwaltung neue Biotope geschaffen werden. Auch in der Diepholzer Moorniederung laufen für das Neustädter Moor, das Renzeler Moor und das Geest-Moor Verfahren, um sie unter Naturschutz zu stellen. Auch an West- und Ostufer des Steinhuder Meeres wurden Vorbereitungen getroffen, weitere Gebiete unter Schutz zu stellen.

Die Schutzwürdigkeit des Siebertales wird geprüft. Für das Okertal sind die Untersuchungen abgeschlossen. Ein Abschnitt, der wegen seines von Menschenhand noch unberührten Gewässerverlaufs eine Besonderheit darstellt, ein zweiter Abschnitt mit Steilhängen, die für die Vogelwelt wichtig sind, sollen ebenfalls unter Naturschutz gestellt werden. Und auch das von Ihnen seit Jahren geforderte Schutzverfahren für das Bockmer Holz ist vom Regierungspräsidenten in Hannover eingeleitet worden.

Haben Sie bitte Verständnis dafür, daß die von Ihnen geforderten und von mir angekündigten Unterschutzstellungen nun nicht von heute auf morgen erfolgen können. Der Ausweisung eines Naturschutzgebietes geht zwangsläufig ein kompliziertes Verfahren voraus. Alle Betroffenen und auch die Träger öffentlicher Belange sind dabei zu hören, Einwände sind zu erörtern, Kompromisse müssen oft geschlossen werden zwischen den Belangen des Naturschutzes und den Interessen der Eigentümer und anderer Beteiligter. Ich meine, daß diese Liste zeigt, daß sich eine ganze Menge in den nächsten Jahren in Niedersachsen tun wird.

Ein Beispiel ist auch mit den Meissendorfer Teichen gegeben. Hier zeigt sich, daß das gar nicht immer leicht so leicht ist. Obwohl die überregionale Bedeutung der Meissendorfer Teiche unbestritten ist, waren die Widerstände gegen eine Ausweisung als Schutzgebiet so stark, daß man sich mit der Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet begnügte. Inzwischen scheinen die Widerstände jedoch ausgeräumt zu sein. Die Naturschutzverordnung wird zur Zeit vorbereitet. Ein Teil der Fläche ist bereits einstweilig sichergestellt. Die Landesregierung hat Mittel für den Ankauf von weiteren Flächen bereitgestellt.

Noch ein Wort über die Oberharzer Teiche. Hier ist unser Landwirtschaftsminister besonders gefordert gewesen. So hat er eine wichtige Grundlage für das jetzt vom Verwaltungspräsidenten in Braunschweig vorzubereitende Gesamtkonzept für die künftige Nutzung der Oberharzer Wasserwirtschaft aufgrund eines ökologischen Gutachtens erstellt. Dieses Konzept, in das Belange der Wasserwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Ökologie, der Landschaftspflege und des Erholungsverkehrs sowie Teilbereiche der Wasserversorgung und der Energiewirtschaft einfließen werden, soll vor seiner Verabschiedung mit den interessierten Verbänden erörtert werden. Sind in der Vergangenheit aufgrund von verschiedenen Planungen Unruhe und Unrast in der Bevölkerung entstanden, häufig vielleicht nur deshalb, weil die Aufklärung über die möglichen Folgen unzureichend war? Wir hoffen, daß das jetzt vorbereitete Gesamtkonzept solche Mißverständnisse ausschließt. Was die Landesregierung zur Erhaltung der Oberharzer Wasserwirtschaft tun kann, wird sie auch tun.

Als Ergebnis eines Raumordnungsverfahrens ist die Siebertalsperre im regionalen Raumordnungsprogramm für den Bezirk Hildesheim ausgewiesen worden. Das Raumordnungsverfahren ist inzwischen wieder eröffnet worden. Darin und in dem nachfolgenden Planfeststellungsverfahren wird über den Bau der Talsperre endgültig zu entscheiden sein. Die Landesregierung hat sich hier noch nicht endgültig festgelegt. Wir wollen in die Lage versetzt werden, das Konzept zu prüfen und die Argumente abzuwägen. Dabei müssen wir sehen, welches der Argumente durchschlägt. Wenn man eine längere Sicht der Dinge hat, dann ist die Wasserknappheit eines unserer dringendsten Probleme. Wenn man allein sieht, wie gewaltig der Wasserverbrauch in den

letzten Jahrzehnten zugenommen hat, dann kann man sich Ihre Forderung unterstreichen, daß es unerlässlich ist, hier wie bei der Energie darüber nachzudenken, wie man weniger Wasser verbrauchen kann. In Zukunft werden wir zunehmend das Problem lösen müssen, ausreichend Trinkwasser und überhaupt gutes Wasser für die Menschen bereitzustellen. Insofern habe ich Zweifel, ob wir auf die Siebertalsperre verzichten können.

Auch bei den Mooren tut sich einiges. Bei einer Besprechung mit dem Landwirtschaftsminister, die außerordentlich fruchtbar war, wurden die Pläne für die Moore geschildert, die wir schützen wollen. Meine erste Reaktion war: verzehnfachen wir den Etatbeitrag, der genannt wurde, und dann wird etwas Richtiges daraus für Niedersachsen. Das ist natürlich nur eine Indikation. Aber ich bin schon der Meinung, daß wir alles tun müssen, um dort unsere Moore zu erhalten, wo sie erhaltbar sind. Zum Teil müssen wir sie wieder beleben, wo sie in der Vergangenheit unnötigerweise und unrichtigerweise in Frage gestellt worden sind. Wir haben deshalb vereinbart, daß ein spezielles Moorschutzprogramm für Niedersachsen erarbeitet wird. Ich messe dem eine ganz besondere Bedeutung bei. Ein Arbeitskreis Moornutzung und Landespflege aus Vertretern der Naturschutzverwaltung und des Landesamtes für Bodenforschung ist gebildet worden. Ziel ist die Ausweisung neuer Moorschutzgebiete. Natürlich ist auch ein solches Programm nicht von heute auf morgen aufzustellen. Es ist deshalb notwendig, neben dem langfristigen Programm kurzfristig jeder Maßnahme, die ein noch intaktes Moor gefährdet, einen Riegel vorzuschieben.

Die Naturschutzverbände und die Naturschutzverwaltung haben sich deshalb gegen die geplante Melioration auf Flächen, die an das Naturschutzgebiet Huntloser Moor grenzen, ausgesprochen. Ein Gutachten hat inzwischen den Wert dieses Moores bestätigt. Die Landesregierung hofft, daß aufgrund eines weiteren ökologischen Gutachtens eine Abstimmung der Interessen der Landwirtschaft und des Naturschutzes möglich sein wird. Die Erweiterung des Schutzgebietes und die Umstellung der ursprünglichen Meliorationsplanung ist deshalb vorgesehen.

Das schwimmende Moor Süderkleihörne ist in der Tat eine Einmaligkeit. Es steht bereits unter Naturschutz. Nur liegt seine Erhaltung nicht allein in Menschenhand, denn es liegt vor dem Deich, und nach unserer Meinung muß es dort auch bleiben. Es ist deshalb Sturmfluten ungeschützt ausgesetzt.

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Teufelsmoor sagen. Alle Pläne, die dort ein großes Fremdenverkehrs- und Erholungsgebiet vorsahen und die Befürchtung auslösten, das könnte zum Rummel führen, sind jetzt endgültig beiseite gelegt. Wir wollen, daß der Charakter des Teufelsmoores erhalten bleibt. Jetzt wird versucht, zwei Dinge miteinander zu verbinden, das Moor in seiner jetzigen Form zu erhalten und trotzdem eine Verbesserung für die Landwirte zu erreichen, deren Wiesen wenigstens in der Vegetationsperiode nicht unter Wasser stehen sollen. Ich vertrete den Standpunkt, daß es nichts schadet, wenn die Wiesen im Winter gelegentlich unter Wasser stehen, denn dafür sind es Moor- und nicht Geest-Wiesen. Wir werden die Einzelheiten in der nächsten Zeit festlegen.

Für Sie war besonders wichtig, daß das Naturschutzgebiet Breites Wasser auf jeden Fall erhalten bleibt, ja noch vergrößert werden soll. Das kann ich mit Freude zusichern. Erfreulich ist auch, daß nach langen Diskussionen das Problem Helstorfer Moor und die Problematik der Ablagerung des Klärschlammes der Großstadt Hannover gelöst wird. Mit der Lösung der industriellen Aufarbeitung und der volumenmäßigen Reduzierung des Klärschlammes haben wir eine Lösung gefunden, die allen Interessen Rechnung trägt und die es uns erlaubt, die Schönheit des Helstorfer Moores unmittelbar vor den Toren von Hannover zu bewahren.

Ich darf nun ein Wort zur Northeimer Seenplatte sagen. Herr Hedergott klatscht hier. Herr Hedergott, ich wollte gerade an Sie ein Wort richten, denn mir scheint, das ist typisch wie Ihre Maxime, daß steter Tropfen den Stein höhlt und schließlich zu Ergebnissen führt. Wenn Herr Hedergott nicht über ein Jahrzehnt lang diesen Gedanken verfochten und das Projekt, das andere zunächst als Träumerei und diejenigen, die weniger freundlich waren, als Spinnerei bezeichnet hatten, weiterverfolgt hätte, wäre es nicht soweit gekommen. Jetzt ist es sicher, daß die Northeimer Seenplatte zu einer guten Sache werden wird. Dies ist zwar eine Folge des Kiesabbaus, zeigt aber, wie man solche wirtschaftlichen Notwendigkeiten nutzen kann, um auch dem Naturschutzgedanken zu helfen. Sie hatten schon erwähnt, daß dort ein Vogelreservat geschaffen werden soll. Weitere Beispiele dieser Art sind der Reiherteich in Wathlingen und die neugeschaffenen Feuchtwiesen am Dümmer, die bereits von einer großen Zahl von Vögeln angenommen worden sind.

Sie haben die Frage nach der Fischerei am Dümmer gestellt. Ich meine, daß Ihre Sorgen eigentlich unberechtigt sind. Die Fischerei ist seit jeher verpachtet. Daß sie behutsam ausgeübt wird, wird dadurch verbürgt, daß sie nur an einen Fischer verpachtet wird. Hier geht es nicht um Tausende, die fischen, auch nicht um die geringfügigen Einnahmen für das Land Niedersachsen, auf die wir gerne verzichten können. Wenn Sie meinen, daß dieser eine Fischer zu viel für den Dümmer ist, dann müssen Sie mich davon noch einmal in einem Privatkolleg überzeugen.

Sie haben die Gefahren angesprochen, die durch Ök Katastrophen, aber auch durch deren Bekämpfung entstehen. Das Land Niedersachsen hat zusammen mit der Bundesregierung und den übrigen Küstenländern Vorbereitungen zur Bekämpfung von Ök Katastrophen eingeleitet und die entsprechenden Einrichtungen verbessert. So ist z. B. gemeinsam der Bau eines leistungsfähigen Spezialschiffes zur Ölabschöpfung in Auftrag gegeben worden. Es wird schon im nächsten Jahr einsatzbereit sein. Wir brauchen dieses Schiff, weil die Landesregierung den großräumigen Einsatz chemischer Bekämpfungsmittel ablehnt. Im übrigen hat dieser Auftrag uns erlaubt, die Auslastung unserer Werften zu verbessern.

Der Schwerpunkt der Roten Mappe liegt eindeutig bei den Feuchtgebieten. Doch es gibt natürlich auch andere Probleme. Neben den Mooren war die Heide noch im vorigen Jahrhundert das bestimmende Landschaftselement unseres Landes. Die Landesregierung ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bemüht, die noch vorhandenen Reste dieser Landschaft zu schützen und zu pflegen. Allein 1976 wurden neben den Zuschüssen für den Naturschutzpark Lüneburger Heide DM 100 000,- für Pflege von Heideflächen in sieben niedersächsischen Landkreisen und DM 80 000,- für die langfristige Anpachtung von Heideflächen in der Südeide bewilligt. Das alles wäre wenig, wenn nicht vom Verein Naturschutzpark Lüneburger Heide ungewöhnliche Arbeit geleistet würde.

Nun eine problematische Sache. Sie haben auf das nukleare Entsorgungszentrum Gorleben hingewiesen. Die Landesregierung hat schon den Bürgerinitiativen zugesichert, daß wir in der Phase der Prüfung, ob eine solche Anlage überhaupt ohne Gefährdung für Menschen, ihr Leben und ihre Gesundheit gebaut werden kann, die Zeit nutzen, um ein oder mehrere ökologische Gutachten zu bekommen. Ich kann leider Ihrer Feststellung nicht beipflichten, daß es bei stärkerer Energieeinsparung möglich wäre, an einem Ausbau der Kernenergie überhaupt vorbeizukommen. Wenn man das für das Jahr 1985 betrachtet, gut, dann könnte man darüber reden. Wenn man den Blick etwas weiter lenkt in die Zeit 1995/2000 hinein, sieht man, daß dafür keine Chance besteht, denn die Erdölförderung wird ihren Höhepunkt nach jetziger Kenntnis schon 1985 erreichen. Irgendwann in den 90er Jahren wird das Erdöl für die Energieversorgung der Menschheit auszufallen beginnen. Wir haben zur Zeit immer noch 50% unseres Energiebedarfs, der auf diese Weise gedeckt wird. In einer Übergangszeit, ehe großtechnologisch etwa Sonnenenergie und etwas Ähnliches herangezogen werden kann, wird man nicht daran vorbeikommen, die Energielücke entweder durch Kohle oder durch Kernenergie oder durch beides zu decken. Die Problematik liegt nun einmal darin, daß ein Kohlekraftwerk zunächst einmal umweltfeindlicher ist als ein Kernkraftwerk. Das Problem des Kernkraftwerks ist, daß man enorme Sicherungen gegen größere Unfälle einbauen muß, bevor etwa der heiße radioaktive Kern durchbrennt und Radioaktivität in die Außenwelt entweicht. Deshalb die vielen Sicherheitsdispositive, die hier hintereinander geschaltet sind. Aber sonst ist es mit geringen Umweltproblemen, allenfalls mit ein wenig Abwasserwärme verbunden. Bei der Kohle ist ein doppeltes Problem gegeben, das man nicht ganz lösen kann. Selbst bei Anwendung modernster Technologie können wir die Abgabe größerer Mengen von Schwefeldioxyd nicht vermeiden. Die Mediziner sagen uns, daß das unmittelbare gesundheitsschädliche Folgen für die Bevölkerung hat, wenn es gewisse Ausmaße übersteigt. Die Wissenschaftler sagen uns zweitens, daß die gewaltige Abgabe von Kohlendioxyd an die Atmosphäre zu einer Veränderung des Klimas führt, die gewaltige Konsequenzen für die Erde hat. Deshalb sind auch hier Grenzen gesetzt. Wir können nichts anderes tun, als mit einer enormen Betonung der Sicherheit diesen Weg weiterzugehen. Enorme Betonung der Sicherheit heißt für die Landesregierung auch, daß neue Verfahren ganz besonders behutsam erprobt werden müssen. Wir haben deshalb die Bundesregierung gebeten, nicht ohne Zustimmung der Landesregierung die Graphit-Kugeln in der Asse einzulagern. Uns ist zugesichert worden, daß das nicht geschieht. Wir wollen diese neue Technologie, die mit der Endlagerung von verglastem hochradioaktivem Abfall in Salzstöcken geschehen soll, nicht übers Knie brechen, sondern sorgfältig und korrekt prüfen, ob das Risiko für die Bevölkerung wirklich ausgeschlossen werden kann. Wir erleben eine Diskussion, bei der aus ganz anderen Gründen der Versuch gemacht wird, die Niedersächsische Landesregierung unter Zeitdruck zu setzen. Ich darf in aller Eindeutigkeit sagen, niemand wird damit Erfolg haben.

Sie haben auch das Baumsterben im Allertal genannt. Die Forstverwaltung bemüht sich, die Bruchwälder durch Wasserstau zu erhalten, wo es Lage und Standort zulassen. Im Forst Müsse bei Wienhausen hatte diese Maßnahme bereits Erfolg. Auch im Wietzel, nördlich von Hannover, haben wir ähnliche Erscheinungen. Das Abpumpen von gewaltigen Wassermassen durch die Stadt Hannover für ihre Wasserversorgung einerseits und die nach altem Gedankenschema erfolgte Kanalisierung der Wietze, d. h. der schnellere Abfluß des Wassers andererseits, haben dazu geführt, daß der Grundwasserspiegel gewaltig gesunken ist und die Wälder sterben. Das zeigt, wie dringlich das Umdenken in diesem Bereich ist. Ich möchte auch den Landwirtschaftsminister bitten, ausgesprochen behutsam zu sein, wenn es darum geht, weitere wasserwirtschaftliche Maßnahmen zu behandeln, die zum Ziele haben, schneller Wasser aus dem Lande zu bringen. In Bereichen wie im Wietzel wird es eher notwendig sein, das wieder etwas zurückzudrehen, was wir gemacht haben. Der Grundwasserspiegel muß wieder angehoben werden, damit wir die gravierenden Konsequenzen vermeiden, die sich in erster Linie für die Forstwirtschaft ergeben.

Zum Gesteinsabbau im Ith darf ich Ihnen sagen, daß wir hier eine gewisse Vergangenheit haben. Der Abbau war bereits vor Inkrafttreten des Bodenabbaugesetzes begonnen worden. Der Unternehmer ist aber jetzt gehalten, den weiteren Abbau nach einem Landschaftsplan durchzuführen. Ich füge in aller Deutlichkeit hinzu, daß die Freigabe von Forstflächen zum Abbau nicht beabsichtigt ist.

Weiter haben Sie das Problem der Gülle aus den Massentierhaltungen in die Debatte gebracht. Niedersachsen ist hier um eine entsprechende Bundesregelung bemüht. Es wird allerdings nicht einfach sein, eine einwandfreie Abgrenzung zwischen dem Aufbringen von Gülle zur ordnungsgemäßen Bodenbewirtschaftung einerseits und der Überdüngung andererseits zu finden.

Das geplante Freizeitzentrum am Nordufer des Steinhuder Meeres beschäftigt die Behörden seit langem. Der Regierungspräsident vertritt die Auffassung der Landesregierung, daß dieses Projekt den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege widerspricht und daher nicht genehmigungsfähig ist. Es liegt in einem Landschaftsschutzgebiet, dessen Umwandlung in ein Naturschutzgebiet vorgesehen ist.

Wegen des Ausbaues des Mittellandkanals kam es zu intensiven Verhandlungen zwischen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte und dem Landwirtschaftsministerium. Wir sind einverstanden, daß das von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion entwickelte kombinierte Spundwand-Böschungsprofil zugelassen wird, damit das Wild, wenn es in den Kanal fällt, sich retten kann. Es soll überall da zugelassen werden, wo das klassische Böschungsprofil nicht durchführbar ist.

Sie haben einige konkrete Forderungen zum Landesnaturschutzgesetz gestellt. Das Kabinett hat den Entwurf für dieses Gesetz beraten. Er wird in Kürze veröffentlicht und den Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Sie werden dann Gelegenheit haben zu prüfen, ob Ihre Forderungen berücksichtigt worden sind. Wir erwarten auch hierzu gerne Ihre Anregungen. Wir schöpfen damit den Rahmen, den uns das Bundesnaturschutzgesetz setzt, voll aus. Der Entwurf sieht eine flächendeckende Landschaftsplanung vor. Die Zuständigkeit für die Planung liegt bei den Landkreisen als unterer Naturschutzbehörde. Die Vorarbeiten für das Landespflegeprogramm sind abgeschlossen. Der Entwurf soll noch in diesem Jahr mit den beteiligten Dienststellen abgestimmt werden. Für die Land- und Forstwirtschaft hat das Bundesnaturschutzgesetz eine Regelung getroffen, an die das Land gebunden ist. Die im Sinne des Naturschutzgesetzes ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung gilt danach nicht als Eingriff. Die Forstwirtschaft fühlt sich ebenfalls der Landschaftspflege verpflichtet. Diese Verpflichtung der Forstwirtschaft und der Landwirtschaft für die Landschaftspflege ist auch durch das Bundes- und Landeswaldgesetz gesetzlich verankert worden. Im übrigen wird das Gesetz den Gemeinden auch die Rechtsgrundlage geben, die sie für Baumschutzverordnungen in der Zukunft interessiert.

Ich hatte bereits in Cuxhaven gesagt, daß Niedersachsen an der Institution des ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten festhalten wird und seine Rechte erweitert werden sollen. Das Klagerecht, das Sie wünschen, können wir nicht einführen, denn Bundestag und Bundesrat haben es eindeutig abgelehnt, und Niedersachsen kann nicht dagegen angehen.

Sie hatten schon mit Befriedigung festgestellt, daß wir in Kürze ein einheitliches Denkmalschutzgesetz für Niedersachsen verabschieden werden. Wir haben im März dieses Jahres einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der meiner Meinung nach eine Verbesserung gegenüber dem früheren Referentenentwurf darstellt. Sie haben in der Roten Mappe auf viele Baudenkmäler hingewiesen, die nicht genutzt werden. Die Landesregierung hat aus Mitteln der Spielbankabgabe gezielt Mittel für neue Nutzungen dieser alten Bauten eingesetzt. Sie sind auch in der Roten Mappe mit Beispielen belegt.

Auch das Programm für Zukunftsinvestitionen, das mehr aus beschäftigungspolitischen Gründen durchgeführt wird, gibt uns die Möglichkeit, kulturelle Anliegen zu fördern. So stehen in Niedersachsen allein 20 Mill. DM für Maßnahmen in historischen Stadtkernen zur Verfügung, die weitgehend der Erhaltung der Bausubstanz zugute kommen sollen.

Ich darf noch auf drei besondere Punkte hinweisen. Der eine ist die Hauptkirche in Wolfenbüttel. Nachdem die Kirche fast 5 Mill. DM für die Renovierung bereitgestellt hat, soll das Programm nunmehr auch mit 2 Mill. DM aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm unterstützt werden. Die Kirche wird damit völlig instandgesetzt werden.

Seit Jahrzehnten war die Rettung der gotischen Klosteranlage von Walkenried ein offener Wunsch. Ich kann Ihnen zusagen, daß die Instandsetzungsmaßnahmen für rd. 3 Mill. DM durchgeführt werden. Schließlich sprachen Sie das Schloß Pyrmont an. Die Grundsanierung ist mit einem Beitrag des Landes von 2 Mill. DM gesichert. Wir müssen eine richtige Verwendung für das Schloß finden.

Sie haben dann von der archäologischen Denkmalpflege gesprochen. Nach den Vorstellungen der Landesregierung werden wir nach Inkrafttreten des Denkmalschutzgesetzes die Stellen im wissenschaftlichen und technischen Bereich verbessern müssen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Archäologie des Mittelalters, deren Berücksichtigung Sie immer wieder gefordert haben.

Beim Schutz der Bodendenkmäler müssen wir insbesondere an die Kommunen appellieren, daß sie dort das Ihre tun. Sie tun das auch im erfreulichen Maße. Wir werden für die Durchführung von kostspieligen Grabungen weiterhin Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Forschungsträger gewinnen müssen. Wir werden aber auch als Land diese Forschungen fördern.

Das Thema Museumswesen kann ich kurz abhandeln. Der Vertrag mit der Fachwissenschaftlerin, die mit der Erarbeitung des Strukturplanes beauftragt war, konnte jetzt verlängert werden. Es ist sichergestellt, daß nach der zunächst vorgenommenen Bestandsaufnahme aller niedersächsischen Museen die eigentliche Arbeit, nämlich die Aufstellung eines Empfehlungskatalogs für die Neuordnung der Museen, auch zu Ende geführt wird. Dann kommt der dritte Schritt, die praktische Erfüllung dieses Strukturplanes. Ich kann Ihnen versichern, daß die Landesregierung auch diese Aufgabe und die sich daraus ergebenden finanziellen Überlegungen mit dem bisherigen Engagement anpacken und zu einem guten Schluß führen wird.

Sie haben auch auf das Problem museumspädagogischer Zentren hingewiesen. Wir müssen zunächst die Erfahrungen mit dem Modellversuch auswerten. Wir werden dann sicherlich auch hier eine personelle Verstärkung vornehmen müssen. Zunächst wollen wir die museumspädagogische Arbeitsstelle so ausstatten, daß die Planung und Einleitung weiterer museumspädagogischer Dienste in anderen Teilen Niedersachsens möglich ist.

Zum Schluß müßte ich noch ein Wort zum Geld sagen. Es hat eine erhebliche Bedeutung bei all diesen Bemühungen. Die Pläne der Landesregierung waren ziemlich klar. Ich habe im letzten Jahr schon gesagt, wie schwer es ist, in zwei bis drei Jahren von der hohen Deckungslücke im niedersächsischen Landeshaushalt von 3 Mrd. DM herunterzukommen. Wir haben sie schon verringern können auf 2,7 Mrd. DM im laufenden Jahr – und wollten die Nettoverschuldung des Landes im nächsten Jahr weiter abbauen. Wenn das nach 2-3 Jahren geschehen wäre, dann wäre alles, was uns an Steuereinnahmen zuwächst von Jahr zu Jahr, wieder frei verwendbar gewesen. Ich fürchte jedoch, daß es so nicht laufen wird. Es zeigt sich jetzt schon, daß aufgrund der nicht reduzierten und der tendenziell schon wieder wachsenden Arbeitslosigkeit gewaltige öffentliche Ausgaben oder auch Steuer-senkungen, d. h. Einnahmevermindernungen, auf uns zukommen. Das werden allein für das Jahr 1978 über 1/2 Mrd. DM sein, die aufgrund dieser Beschäftigungslage die Deckungslücke im Haushalt vergrößern werden, und deshalb wird dieser bisher vorgesehene Plan der Konsolidierung der Landesfinanzen wahrscheinlich nicht einzuhalten sein.

Wenn schon so viel Geld aus Beschäftigungsgründen ausgegeben werden muß, sollte man dafür sorgen, daß es für die Anliegen, die Sie vertreten, verwendet wird. Es kann nicht angehen, daß wir nur eine Milliarde DM in der Bundesrepublik für energie-sparendes Bauen ausgeben oder nun wieder für Hunderte von Millionen DM in Niedersachsen zusätzliche Wohnungsbauprogramme mit der Gefahr durchführen, daß Wohnungshalden in Teilen unseres Landes entstehen. Ich bin der Meinung, daß man auch die kulturellen Anliegen mit in die Programme aufnehmen soll. Vielleicht z. B. ist es auch in Hannover in einer solchen Situation möglich, daß man sich überlegt, ob man nicht das Schloß Herrenhausen wieder aufbauen sollte. Ich selbst mache solche Überlegungen und möchte eigentlich, daß auch Sie sich mit der Frage befassen, ob Ihnen das sinnvoll erscheint und wenn ja, in welcher Form.

Erlauben Sie mir ein persönliches Wort zum Schluß. Ich würde durchaus auf einen Zuwachs an 5% Sozialprodukt in Niedersachsen verzichten, wenn wir damit sicherstellen, daß wir in einem Land leben, in dem die herrliche Landschaft bewahrt, in dem die Gesundheit der Lebensverhältnisse gewahrt wird. Ein Land kurzum, in dem nicht nur der Lärm, sondern auch die Stille für die Menschen zu finden ist, ein Land, das eine Siedlungsstruktur hat, in der der persönliche Kontakt zwischen den Menschen erhalten bleibt und in dem wir das Gespenst der Anonymität meiden, das in den großen Zusammenballungen immer droht. Ich meine, daß diese Aufgabe des Schweißes der Edlen wert ist. Ich möchte mit einem herzlichen Wort des Dankes dafür schließen, daß Sie das als Ihre ureigenste Aufgabe empfinden.